

RATHAUS DEPESCHE



INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION / AUSGABE NR. 201 12/2024



spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



instagram.com/spdnuernberg

Die SPD-Stadtratsfraktion setzt beim Haushalt auf ausgewogenen Interessensausgleich

Zusammenhalt durch soziale Gerechtigkeit

Wir brauchen beim Haushalt einen ausgewogenen Interessensausgleich. Das „Entweder-oder“-Denken befördert nur eine Spaltung der Gesellschaft. Es muss nicht „Entweder-oder“ heißen, sondern „und“. Gerade, wenn die Mittel knapp sind! Das „Und“ ist die sozialdemokratische Perspektive.

Die Stadt befindet sich in einer veritablen Haushaltskrise. Wir sind an dem Punkt angelangt, an dem ein genehmigungsfähiger Haushalt das oberste Ziel ist.

Gestaltungsanspruch trotz Sparen! Das bedeutet nicht, dass wir unseren Gestaltungsanspruch für unsere Stadt, das Lebensumfeld unserer Bürger:innen, das Zusammenleben



und das Erscheinungsbild und ja, vor allem auch die Zukunft, aufgeben.

Die SPD ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Wir sichern und stärken den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft und entwi-

ckeln ihn weiter. Für uns ist klar, dass Investitionen in die Zukunft und das gesellschaftliche Miteinander nicht leiden dürfen. So werden Integrationsprojekte, die Kindertheater, Projekte zur Gleichberechtigung >>

Liebe Leserinnen
und Leser der
Rathausdepesche,



Hannah Arendt führt zum Thema „Die Lüge in der Politik“ (1971) aus: „Lügen erscheinen dem Verstand häufig viel einleuchtender und anziehender als die Wirklichkeit, weil der Lügner den großen Vorteil hat, im Voraus zu wissen, was das Publikum zu hören wünscht. Er hat seine Schilderung für die Aufnahme durch die Öffentlichkeit präpariert und sorgfältig darauf geachtet, sie

glaubwürdig zu machen, während die Wirklichkeit die unangenehme Angewohnheit hat, uns mit dem Unerwarteten zu konfrontieren, auf das wir nicht vorbereitet waren“. Das macht mich mit Blick auf die politische Lage nicht hoffnungsfroh! Wenn Lügen zur Norm wird stirbt die Demokratie. Ein weiteres Dauerthema ist die Bedrohung durch Terrorismus und Feinde der Demokratie. Wir stehen deshalb zur Allianz gegen Rechtsextremismus!

Nürnberg hat aus der Geschichte gelernt und kann, darf und wird als „Stadt der Menschenrechte“, nicht neutral bleiben. Wenn an den Fundamenten unserer Demokratie und unserer freien Gesellschaft gerüttelt wird, ist Widerspruch demokratische Pflicht. Unsere Demokratie ist nicht schutzlos, sondern wehrhaft.

Menschenrechte verteidigen heißt: Nein sagen zu Spaltung und Lüge!

Das Jahr 2025 hält viele Herausforderungen für uns bereit: neben wichtigen kommunalpolitischen Weichenstellungen, der komplizierten Haushaltslage und Wahlkämpfen zählt dazu auch die Verteidigung unserer Demokratie, unserer freien Gesellschaft. Es erfüllt mich mit Zuversicht, Sie dabei an unserer Seite zu wissen!

Ich wünsche Ihnen erholsame Weihnachtsfeiertage.

Ihre

Christine Kayser
Fraktionsvorsitzende

SPD Fraktion
im Stadtrat
Nürnberg

von Frauen und Mädchen, die Musikzentrale und viele mehr finanziell besser ausgestattet. Sozial ist was stark macht! Mit uns wird es kein Sparen geben, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet!

Mit Jugendlichen reden - und vor allem zu hören! Einer unserer Schwerpunkte liegt auf dem Bereich Jugend. Hier werden die Mittel für das Partizipationsprojekt „laut!“ verdoppelt. Mit einer Social-Media-Kampagne sollen junge Menschen besser über Beratungs- und Freizeitangebote der Stadt informiert werden.

Schwerpunkte: Soziales, Zukunftsfähigkeit und Transformation. Deutlich mehr Unternehmer:innen in der Region blicken pessimistisch in die Zukunft. Sie sind vorsichtiger, was Investitionen angeht und rechnen sogar mit einem Beschäftigungsrückgang.

Gleichzeitig haben sie es sehr schwer, offene Stellen langfristig zu besetzen, Fachkräfte und Azubis zu finden. Die Transformationsprozesse, vor allem auch in der Automobilzuliefererbranche, sind in Nürnberg spürbar angekommen.

Die SPD-Stadtratsfraktion fühlt sich den betroffenen Arbeitnehmer:innen verbunden und versucht alles, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen, unsere Infrastruktur, die Transformation und die Maßnahmen zur Klimaanpassung sind nicht nur wichtig, um unsere Stadt zukunftsfähig zu machen.

Sie sind auch eine Investition in die Wirtschaft in der Region. Ein Konjunkturpaket in Zeiten, in denen die Konjunktur schwächelt.

Wir investieren beim ÖPNV in den Ausbau des Straßenbahnnetzes. Wir investieren 350 Mio. Euro, beispielsweise in der Minervastraße und in die Straßenbahn nach Lichtenreuth. Andere wollten an dieser

Stelle den Rotstift ansetzen und streichen, aber wir stehen zum Ausbau laut Mobilitätsbeschluss und haben uns sehr dafür eingesetzt, dass im Mittelfristigen Investitionsplan Mittel eingestellt sind!

Gesundheit und Vorsorge stehen bei uns mit in der ersten Reihe. Wir unterstützen die Einführung der Ersthelfer-App in Nürnberg. Die registrierten Ersthelfer:innen können dank dieser Technik im Notfall schnell reagieren.

Wir müssen den Strukturwandel in der Innenstadt aktiv gestalten

Gute Stadtgestaltung ist wie ein Musikstück, eine Komposition. Eine Vielzahl von guten Ideen ergibt noch kein attraktives und ansprechendes Gesamtergebnis. Für die Innenstadt fehlt das übergeordnete Gesamtkonzept: unsere Leitidee ist der Erlebnisraum Altstadt.

Wir – die SPD-Stadtratsfraktion – fordern deshalb jetzt einen Masterplan Innenstadt mit einem eigenen Finanzierungstopf – ähnlich wie das Erfolgsmodell Masterplan Freiraum. Kontraproduktiv sind vereinzelte Ideen – wie zum Beispiel der CSU-Vorschlag 200 Bäume für die Altstadt. Einfach einen Baum pflanzen, weil man gern einen Baum pflanzen möchte – das geht nur im Wald. Wir haben fertige Pläne für die Innenstadt, nach denen ca. 100 Bäume gepflanzt werden könnten: am Obstmarkt, am Lorenzer Platz, in der Breiten Gasse, Königstraße und am Andrej-Sacharow-Platz.

Mit dem Erwerb des Kaufhofs durch die Stadt Nürnberg auf unsere Initiative hin, kommt die Notwendigkeit das Umfeld Kaufhof und City-Point zu entwickeln dazu. **Unterstützung bei der Bezirksumlage: Entlastung durch Freistaat absolut unausweichlich.**

Alle unsere Bemühungen sind jedoch am Ende nicht ausreichend, wenn die Unter-



stützung von Seiten des Freistaats Bayern ausbleiben sollte.

Wir sehen den Freistaat in der Pflicht bei der deutlich angehobenen Bezirksumlage, die viele Kommunen in ganz Mittelfranken und Bayern vor massive Probleme stellt.

Wir als SPD haben darauf geachtet und werden genau darauf achten, die Balance zwischen dringend notwendigen Investitionen und auch notwendigen Ausgaben für Personal und sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt zu halten.

Wir danken unserem Stadtkämmerer Thorsen Brehm und allen Mitarbeitenden für die Erstellung eines Haushaltsplans, der Weitsicht beweist und den Herausforderungen der Zeit und den Ansprüchen einer solidarisches Stadtgesellschaft gerecht wird.



Christine Kayser

Stoppt Gewalt gegen Frauen und Mädchen



Hinsehen und die Opfer unterstützen

Die Zahlen, die kurz vor dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen und Mädchen veröffentlicht wurden, sind erschreckend.

Die Tatsache, dass täglich 400 Frauen und Mädchen misshandelt werden und fast jeden Tag eine Frau oder ein Mädchen dem Femizid, also dem Mord durch den Partner zum Opfer fällt, ist nicht hinnehmbar und erfordert entschiedenes politisches Handeln. von Bund, Ländern und Kommunen. Die SPD steht für Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit. Das ist Teil unserer DNA. Wir unterstützen daher den Gleichstellungsaktionsplan der Stadt mit Maßnahmen in den Bereichen „Gemein-

sam frei von Gewalt“ und „Gleichberechtigung schützt vor Gewalt“ und freuen uns, dass auch die finanziellen Mittel dafür im Haushalt enthalten sind.

Wir haben unter anderem die Aufstockung der Mittel für das Internationale Frauen- und Mädchenzentrum (IFMZ) beantragt. Frauen und Mädchen, deren Familien eine Zuwanderungsgeschichte haben, werden hier ermutigt sich einzubringen und in ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unterstützt.



Gabi Penzkofer-Röhl

Schritt für Schritt zu lebenswerten Stadtteilen

(Neu-) Verteilung des öffentlichen Raums im Dialog



Für die SPD-Stadtratsfraktion steht fest, dass lebenswerte Stadtviertel sichere Wege, Entschleunigung und mehr Raum für Begegnungen benötigen. Durch den Mobilitätsbeschluss des Stadtrats hat Nürnberg einen wichtigen Rahmen gesetzt. Der Fokus liegt auf der Förderung von Fußgängern, Radfahrern und dem öffentlichen Nahverkehr, um eine bessere Balance zwischen den verschiedenen Verkehrsformen zu erreichen. Der Verkehr soll nicht verboten, sondern neu gedacht werden. Dies kann nur in gemeinsamer Anstrengung erreicht werden. Zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigen, wie das gelingen kann:

Fußgängerfreundlicher Stadtteil Wöhrd

Aktuell werden bereits 30 Prozent aller Wege in Nürnberg zu Fuß zurückgelegt, jedoch wird diese Mobilitätsform noch nicht ausreichend gewürdigt.

Auf Initiative der SPD-Stadtratsfraktion wurde daher das Modellprojekt „Fußgängerfreundliche Stadtteile“ in Rennweg und Wöhrd durchgeführt.

Der Stadtteil soll sich schrittweise zu einem Ort entwickeln, in dem sich alle Menschen unabhängig von ihrer Fortbewegungsart sicher und willkommen fühlen. Dies erfordert nicht nur gezielte Verkehrsplanungen, sondern ein umfassendes Konzept für mehr Lebensqualität. Die Anliegen der Bürger:innen vor Ort spielen eine zentrale Rolle. Im Rahmen einer Veranstaltung vor Ort konnten wir uns davon überzeugen, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist!

Nibelungenviertel

Im Nibelungenviertel in der Südstadt herrschte große Aufregung, als über Nacht Parkverbottsschilder aufgestellt wurden. Die Stadtverwaltung begründete die Maßnahme damit, dass auf Gehwegen oft nicht genug Platz für Fußgänger:innen, Kinderwagen oder Rollstühle war. Zudem gab es Bereiche, in denen Feuerwehrfahrzeuge nicht mehr durchkamen, die Verkehrssi-

cherheit war in einigen Straßen nicht gewährleistet. Wir wissen, dass viele Anwohner:innen auf ihre Autos angewiesen sind und Parkplätze brauchen.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung haben wir einen Bürgerdialog organisiert, bei dem offen über die Situation gesprochen wurde. Ziel war es, die Hintergründe der Maßnahme zu erklären und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Der Dialog hat sich gelohnt. Die Stadtverwaltung hat auf Grundlage der Gespräche einen Kompromissvorschlag erarbeitet. Einige Parkverbottsschilder wurden entfernt und neue Parkplätze wurden markiert, um den vorhandenen Raum besser zu nutzen.

Für uns zeigen die beiden Beispiele, wie gute Kommunalpolitik aussehen kann: Visionen wie die Verkehrswende und mehr Sicherheit verbinden wir mit Kompromissen, die das Miteinander fördern. Unser Anspruch bleibt es, die Anliegen der Menschen ernst zu nehmen und nachhaltige Lösungen zu schaffen, die die Lebensqualität verbessern.



Nasser Ahmed

Sozialempfang: gemeinsame Ziele und Prioritäten für die kommunale Sozialpolitik der Zukunft

Die sozialen Fragestellungen unserer Zeit beschäftigen die SPD schon immer. Die Spannungen der letzten Jahre, die Krisen, die Deutschland meistert und meistern musste, sind verbunden mit immer weiter wachsenden Anforderungen an den Sozialstaat und auch an die Kommunen. Erschwerend dazu kommen der Fachkräftemangel in der Daseinsvorsorge und die Krise der öffentlichen Haushalte.

Um diese Fragestellungen zu diskutieren, lud die SPD-Stadtratsfraktion Einzelpersonen und Institutionen aus dem Sozial- und Jugendbereich zum Sozialempfang in den Räumen des Marktplatzes der Noris Inklusion am Marienberg ein, der eine angenehme Atmosphäre zur Diskussion der eher spannungsreichen Themen des Abends bot.

Prof. Dr. Georg Cremer, ehemaliger Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes,

sprach in seinem Impulsvortrag über die Umverteilungsbedarfe und neue Aufgabenaufteilung, auch zwischen den Bundes-, Landes- und auch Kommunalebene. Er appellierte an die Verpflichtungen der Wirtschaft und der Einzelnen und nahm die politische Verantwortlichen in die Pflicht.

Er warb dafür, stärker in Prioritäten zu denken und eine Debatte zu führen, wie der Sozialstaat besser darauf ausgerichtet werden kann, Menschen zu unterstützen, ihr Leben in die Hand zu nehmen.

Die Nürnberger Sozial- und Jugendreferentin Elisabeth Ries stellte die neue stärkere Steuerungsfunktion der Kommunen und die Neubewertung der Aufgaben in den Mittelpunkt ihres Impulses.

Es folgten intensive Gespräche unter den Gästen des gut gefüllten Saals. Eines der Ergebnisse ist nun der Antrag zur Ausrichtung einer Sozialkonferenz, im Rahmen derer die



an diesem Abend geforderten Strukturierungs- und Steuerungsprozesse anstoßen werden sollen. Wir als SPD-Stadtratsfraktion bleiben dran. Es wird ein sicher nicht einfacher, aber notwendiger Prozess, den wir gerne begleiten und mitgestalten werden.



Diana Liberova

Ganztagsbildung weiter ausbauen!

Wir bleiben hartnäckig bei unseren Forderungen gegenüber dem Freistaat

Der Ausbau der Ganztagsbildung ist einer der größten Herausforderungen, die Nürnberg und alle Kommunen in den nächsten Jahren zu meistern haben. Die Gestaltung der ganztägigen Bildung muss quantitativ und qualitativ stattfinden und so setzt die Stadt seit Jahren auf eine gute Kooperation zwischen der Jugendhilfe und den Horten und der Schule. Multiprofessionalität und Multiperspektivität in den Teams tut Kindern gut. Doch die Herausforderungen, die in Bayern mit dem Ausbau verbunden sind, sind sehr groß. Die Angebote der Mittags-

betreuung decken nicht immer den gesamten Bedarf der Familien – das gilt insbesondere bei der Ferienbetreuung. Ähnliches gilt für die schulischen Ganztagsangebote. Und leider erreichten uns im Sommer Hiobsbotschaften, dass die guten Angebote des kooperativen Ganztags oder auch der integrierten Ganztagsbildung vom Freistaat nicht weiter finanziert werden. Dies widerspricht komplett den Erfahrungen, der wissenschaftlichen Evaluation und auch den Bedarfen in Nürnberg. Da werden die Kommunen mit ihren guten Programmen und vor allem die Eltern vom Freistaat im Stich gelassen. Die SPD-Stadtratsfraktion wird weiterhin für den Erhalt – und wenn es nur im reduzierten Umfang ist – dieser Angebote in Nürnberg kämpfen. Aus unserer Sicht können wir im Sinne der Kinder weder auf die pädagogische Arbeit der Einrichtungen verzichten, noch aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht auf die Eltern, die aufgrund fehlender Betreuungsmöglichkeiten nicht voll arbeiten können. Deswegen

bleibt der Ausbau der Ganztagsbildung höchste Priorität der SPD-Stadtratsfraktion und wir bleiben hartnäckig bei unseren Forderungen gegenüber dem Freistaat bezogen auf die Finanzierbarkeit der Angebote. In den Haushaltsverhandlungen haben wir daher einen Antrag mit eingebracht und beschlossen, der eine Fortsetzung des Nürnberger Weges zur schnellen Ausweitung der Betreuungskapazitäten im Grundschulbereich absichert, der neben auf die bisher überwiegen gesetzte Hortbetreuung auch schulische Ganztagsangebote wie offenen und gebundenen Ganztags, eine Ausweitung der Mittagsbetreuung und weitere Angebote in den Fokus nimmt. Dafür wird für das Jahr 2025 eine Summe von 2,5 Mio. Euro in einen „Flexi-topf Rechtsanspruch Ganztags“ eingerichtet.



Diana Liberova

Impressum

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Verantwortlich: Christine Kayser

Grafische Gestaltung: Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

Masterplan Innenstadt mit Finanzierung durch eine „Bettensteuer“

Der Bayerische Landtag hat die Erhebung von Übernachtungssteuern in Bayern durch die Kommunen untersagt. Die Stadt München klagt derzeit gegen dieses Verbot. Bei Erfolg der Klage wäre es auch möglich, dass Nürnberg eine „Übernachtungssteuer“ erhebt. Aufgrund des Strukturwandels der Innenstädte und der Schwierigkeiten des stationären Einzelhandelns wird es in den nächsten Jahren viel Kraft und Investitionen kosten, Nürnberg als touristische Destination zu stärken. Dies wird sicherlich auch erhöhte Marketingaktivitäten erfordern, um die Bettenauslastung in der Stadt zu erhöhen. Nürnberg soll prüfen, ob es zur Finanzierung möglich und sinnvoll ist, eine „Kultur- und Tourismusförderabgabe“ eine sogenannte „Bettensteuer“ auf Übernachtungen zu erheben.

Endlich Bewegung in Sachen Gräfenberg- und Ringbahn

Beim ersten Dialogforum „Ausbauprogramm S-Bahn Nürnberg“ des Bayerischen Verkehrsministeriums wurden am 17.10.2024 die Ergebnisse der jüngsten Machbarkeitsstudie zur Verkehrsentwicklung in der Metropolregion präsentiert. Der S-Bahn-Ausbau nach Gräfenberg sowie die Reaktivierung der Ringbahn durch Nürnbergs Norden werden darin positiv bewertet. Jetzt ist die Staatsregierung in der Verantwortung, endlich in die Planung einzusteigen. Die sogenannte Ringbahn ist verhältnismäßig schnell realisierbar und für Nürnberg und die Region von großer Bedeutung. Die Durchbindung der Gräfenbergbahn mit der Rangobahn soll ebenfalls noch untersucht werden, hier wird nächstes Jahr mit einem Ergebnis gerechnet.

Es geht voran bei der Entwicklung des Kaufhof-Areals

Auf Grundlage eines Antrags der SPD-Stadtratsfraktion wurde ein Letter of Intent unterzeichnet und gleichzeitig eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung des Kaufhofs beauftragt. Die Unterzeichner sind die richtigen Akteure und Experten für die von uns gewünschte Entwicklung eines „Orts der Bildung“ im Herzen der Innenstadt. Das ist der zukunftsweisende Gedanke für den Standort, der dem Wunsch nach einer lebendigen Innenstadtentwicklung Rechnung trägt. Wir werden die Entwicklung im und rund um das Kaufhof-Gebäude und den angrenzenden City-Point weiter intensiv mitsteuern.